

3. Juni 1931.  
Berbe. Freitag  
Berbe 600-600.  
20-15.50. Kog  
enheim; Kern  
Weg 13 64  
agold  
Preis pro Stk  
300-460  
250-570  
135-235  
Preis pro Pa  
25-35  
37-50

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den wichtigsten Beilagen „Festkünden“, „Unsere Heimat“, „Die Woche vom Lager“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.60; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werttag - Vorbereitungzeitung im Oberamtsbezirk - Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zoller (Inh. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 halbtägige Vorgabe-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Restanzeigen 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postl. No. Stuttgart 8123

Nr. 127

Gegründet 1827

Donnerstag, den 4. Juni 1931

Heftnummer Nr. 29

105. Jahrgang

Versammlung des Langnamvereins

## Bedeutende Rundgebung deutscher Wirtschaftsführer

Düsseldorf, 3. Juni. Der Verein zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (kurz Langnamverein genannt) und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Düsseldorf hatte die Führer der deutschen Wirtschaft zum 3. Juni zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in die Tonhalle zu Düsseldorf eingeladen. Etwa 1500 Tagungsteilnehmer hatten sich zur Veranstaltung eingefunden. Neben den führenden Männern der rheinisch-westfälischen Wirtschaft waren auch eine Anzahl leitender Herren der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Reichsbahn und der Reichswehr, sowie zahlreiche Vertreter der Wissenschaft und Presse erschienen.

### Es muß ganze Arbeit gemacht werden

Die Eröffnungssprache hielt Dr. E. Fröh Springorum - Dortmund. Er führte u. a. aus: Im Lauf der 60-jährigen wechselvollen Geschichte des Langnamvereins hat uns kaum jemals ein so ernster Anlaß zusammengeführt wie heute. Nie sah unsere Wirtschaft eine Krise, wie sie gegenwärtig die Grundfesten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erschüttert. Der Lebensstand des deutschen Volks ist in einer leichten Phase getreten. Das trostlose Bild unserer Wirtschaftslage noch nicht in alle Schichten des deutschen Volks eingedrungen ist, ist die Folge der jahrelangen, ungeheuren Tätigkeit einer jenseitigen Presse und einer geistigen Einstellung vieler Persönlichkeiten, deren vornehmstes Ziel darin zu bestehen scheint, das deutsche Volk über seine eigene Not hinwegzujuden. Wir können den verantwortlichen Leitern der deutschen Geschichte, gleichviel, ob sie an der Regierung beteiligt sind oder im Parteilieben stehen, nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in der Behandlung der öffentlichen Meinung und Führung weitgehend versagt haben. Es hätte schon längst viel schärferer Maßnahmen gegen die geistige Vergiftung bedurft. Die Regierung steht vor schwierigen Aufgaben. Die endgültige Befestigung der neuen Notverordnung ist noch nicht klar. Wir können darum heute hierzu keine Stellung nehmen. Wir wollen es auch bewußt vermeiden, vorantwärtliche Urteile vor der breiteren Öffentlichkeit über Dinge abzugeben, die im einzelnen noch nicht zu übersehen sind. Das eine müssen wir jedoch heute noch einmal nachdrücklich unterstreichen: Jede neue Belastung der Wirtschaft muß die Erfolgsmöglichkeiten der Notverordnung verschlagen. Volk und Parteien werden energischen Maßnahmen keinen wesentlichen Widerstand leisten, wenn endlich ganze Arbeit gemacht wird. Hat die Regierung alles getan, um den notwendigen Erfolg sicherzustellen? Wie beweisen es! Wie oft haben wir in den letzten Jahren gewarnt, den bisherigen Kurs fortzusetzen, wie oft ist eine einschneidende Umkehr der amtlichen Wirtschaftspolitik einmütig gefordert worden! Wir haben schon im Jahr 1925 mit Nachdruck eine Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, eine Verwaltungs- und Verfassungsreform verlangt, die den durch Krieg und Nachkriegszeit aufgeschwungenen Staat und Kommunalapparat auf ein gesundes Maß zurückzuführen, die öffentlichen Ausgaben beschränken, die Behörden vereinfachen und damit die Voraussetzung für einen wirksamen Abbau der öffentlichen Lasten schaffen sollte. Wir stellen lediglich fest, daß auf diesen großen Gebieten Fortschritte irgendwelcher Art nicht zu verzeichnen sind.

Hand in Hand mit diesen Verfassungen und der fortschreitenden Überspannung der öffentlichen Lasten gingen einander ablösende oder gleichzeitig durchgeführte Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnausgleich. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, nach einem verlorenen Krieg und unter dem Druck der Tributverpflichtungen einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechterhalten zu wollen, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung haben mögen, die aber heute eine Unmöglichkeit sind. Wir dürfen aber auch keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir uns von einer Selbstkostenentlastung, die lediglich Löhne und Gehälter umfaßt, einen ausreichenden Erfolg nicht versprechen können. Eine weitere Senkung der Selbstkosten muß auf allen Gebieten erreicht werden. Derjenige erweist heute dem Volk den besten Dienst, der offen und freimütig die Dinge beim richtigen Namen nennt. Wir alle sind zu größten Opfern bereit, es muß aber die Überzeugung gewendet werden, daß eine einschneidende Führung besteht und daß nicht alle Opfer in ein Jaß ohne Boden stießen. Nur dann können wir hoffen, nach Jahren der Entbehrung durch eine zielfähige, harte und entschlossene Regierung nach oben geführt werden. Immer wieder ist festzustellen, daß politische Rücksichtnahmen und parteipolitische Erwägungen, wirtschaftliche Erkenntnisse nicht zu dem Durchbruch kommen lassen. Diese Fragen werden dann meist auf Kosten des Untertanentums und seines Verhältnisses zur Arbeiterschaft ausgeglichen. Wir müssen es ablehnen, uns durch die politisch-parlamentarischen Methoden in einen Gegenstand zu unserer Arbeiterschaft hineinzuversetzen zu lassen. Gerade, weil wir die Verantwortung für die Geschichte unserer Hundert-

tausende von Arbeitern fühlen und es als unsere vornehmste Aufgabe ansehen, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu schaffen, müssen wir allen denen Kampf ansagen, die der notwendigen freien Wirtschaftstätigkeit noch weitere Fesseln anlegen wollen.

Ein einziges Jahr der Durchführung des Youngplans ohne die bisher üblichen Verkleinerungsmaßnahmen durch ausländische Anleihen hat die Bedeutung der Teufelskette in sämtlichen Schichten des Volks spürbar werden lassen. Hängen doch die großen Einschränkungen und Entbehrungen mit dem Aderlaß der Reparationen aufs engste zusammen. Wer täglich, wie wir, unverdrißlich und trotz dieser Dinge steht, wird von allerhöchster Sorge auch für den Bestand von Staat, Kultur und Volk erfüllt. Wir wissen: Die Uhr zeigt 5 Minuten vor 12. Sein oder Nichtsein der Nation stehen auf dem Spiel. Wir werden rücksichtslos das verhängnisvolle System der Halbheiten in Wirtschafts- und Finanzpolitik bekämpfen. Wir müssen von dem Reichskanzler verlangen, daß er sich mit den besten und tüchtigsten Männern des Volkes umgibt und mit kürzester Frist der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebnet. Wir verlangen ganze Arbeit. Mit einer entschlossenen Regierung, die sich endlich zur energischen Tat ansetzt, muß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes gelingen.

### Männer!

Generaldirektor Paul Reusch - Oberhausen führte u. a. aus: Niemand wird bestreiten, daß unser gegenwärtiger Reichskanzler von erstem Wollen befreit ist. Aber es hat ihm bisher an dem Mut gefehlt, seine Erkenntnis in die Tat umzusetzen und gegen die vorhandenen Widerstände mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Bevor wir unsere letzten Hoffnungen auf die gegenwärtige Regierung begraben, wollen wir abwarten, ob die Zeitungsnachrichten über die Absichten der Regierung und über den Inhalt der zu erwartenden Notverordnungen zutreffen. Die politischen Parteien können heute das Vaterland nicht mehr retten. Nur Männer, welche ohne nach rechts und noch links zu blicken, den Weg ihrer eigenen Erkenntnis geben, können die Gefahren in letzten Stunden bannen. Was ist nun zu tun? Die Antwort ist einfach und klar: Wir sind ein armes Volk! Armut kann nur durch Opfer, Fleiß und Arbeit überwunden werden. Wir müssen uns nach oben hämmern, wie das alte Preußen nach den Freiheitskriegen, oder wir bleiben dauernd unten.

### Freiheit für die Wirtschaft!

Geheimer Kommerzienrat Mittelstein - Scheid aus Wuppertal-Barmen erklärte, die Industrie bestünde sich selbst in einer Vertrauenskrise schlimmster Art. Die Preisdisziplin der Werke ist völlig verloren gegangen. Das gegenseitige Unterbieten, das mit den Selbstkosten nicht mehr in Einklang zu bringen ist, führt zum Ruin des Handels. Man muß uns wieder Freiheit geben, den Markt zu organisieren und das Geschäft auf gesunde Bahnen wieder aufzubauen. Die gleiche Freiheit verlangen wir für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Unter deutsches Volk ist nach wie vor ein fleißiges, arbeitsames und arbeitswilliges Volk. Lassen wir nur unseren Arbeitern die Freiheit, mit ihren Arbeitgebern die Interessen des Werks zu entscheiden. Geben wir ihnen die Möglichkeit, zu arbeiten mit Fleiß, die sie wollen und wir werden Wunder erleben. Unsere Arbeiterschaft ist dazu willig. Wir haben die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß unsere Arbeiter für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden.

### Parteiauswüchse

Dr. jur. Friz Thassen - Wülheim/Ruhr führte aus: Es ist der Sinn jeder Volksgemeinschaft und jeder nationalen Regierung, daß das Ziel aller Politik eine gesunde und starke deutsche Nation sein muß. Das bedingt, daß die Auswüchse der Parteidemokratie beseitigt werden. Es sind Parteiauswüchse, wenn heute die Maßnahmen der Regierung unter dem Druck einer Nebenregierung, nämlich der Gewerkschaften, erfolgen. Es sind Parteiauswüchse, wenn die Beamtenenschaft, die dem Wohl der Nation zu dienen hat und der die Führung des Staats anvertraut ist, politisiert wird. Mit Recht verlangt man, daß sich die Reichswehr politischer Tätigkeit enthalten. Die besonderen Rechte der Beamten verlieren ihren Sinn, wenn nicht die gleichen Grundzüge auch auf sie angewendet werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn die Gewerkschaften, die selbstverständlich die Interessen ihrer Mitglieder vertreten sollen, das Ministerium, das in allen Tarif- und Lohnfragen entscheidet, als ihre Domäne betrachten. Solange wir keine überparteiliche Regierung haben, sehe ich einen Ausweg aus diesem unhaltbaren Zustand nur darin, daß ähnlich wie in Belgien ein nationales Komitee, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmerern und einem Unparteilichen als Obmann, endgültig über alle Tarif- und Lohnfragen entscheidet, wodurch dieser wichtige Ausschnitt der Wirtschaft endlich dem politischen Einfluß entzogen werden könnte. Als ich in Berlin im Dezember das Wort „national“ in den Mund nahm, ertönte nicht unerhebliches Zischen aus der Mitte der Versammlung. Nun, Berlin hat ein eigenes Minister, das ist aus Wuppertal. Hier im Rheinland und in Westfalen haben wir ein anderes Minister, das ist aus Bafall. Unser hartes Pflaster hält noch wider in Erinnerung an das nationale und ewige Deutschland. Daß dieses Deutschland wiederkehren möge, das ist der Wunsch unseres erwachenden Volks.

### Die Lage des Ruhrbergbaus

Bergassessor a. D. Stein-Reddinghausen, Präsident der Industrie- und Handelskammer Münster, wies auf die Lage des Ruhrbergbaus hin, die ebenso schlecht, zum Teil aber noch schlechter sei als in anderen Industrien. Die arbeitsfähige Kohlenförderung im April dieses Jahres ist gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1929 um 30 Prozent, die kalendertägliche Kohlenförderung im gleichen Zeitraum um 46 Prozent zurückgegangen. Die Halbenbestände haben sich gegenüber 1929 verachtfacht. Die Belegschaft verminderte sich im Lauf der letzten vier Jahre trotz der großen Zahl von Feierlichkeiten um rund 35 Prozent. Seit 1929 sind 110 Schachtanlagen stillgelegt worden; nur noch 282 stehen in Betrieb. Heute wird etwa 70 Prozent der Selbstkosten ohne Abschreibungen ausmachen, kann man an ihnen nicht vorbeigehen. Es gibt aber eine Möglichkeit, nicht in vollem Umfang die heute erforderlichen Vorkosten in den Bergbau durchzuführen zu müssen; das ist eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die bisherigen Vorschläge der Brann-Kommission bedeuten für die Wirtschaft eine schwere Entlastung. Leider ist bei den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen in Genuß mit Zustimmung des deutschen Regierungsvertreters eine Herabsetzung der Arbeitszeit unter Tage von 8 auf 7 1/2 Stunden angenommen worden. Dadurch ist der für alle erträglichste Weg zu einer Besserung der Lage versperrt. Die finanziellen Schwierigkeiten der Knappschaftsber-

## Scharfe Kritik an den Volksvertretern

### Sozialdemokratischer Parteitag

Leipzig, 3. Juni. Nach dem Bericht Sellmanns über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion kam in der Aussprache wieder stark die Opposition zum Wort, die zum Teil in sehr scharfer Weise tobte, daß die Reichstagsfraktion durch Kompromisse mit dem Kabinett Brünning das Leben dieser Regierung habe künstlich verlängern helfen. Seydewitz erklärte, die sogenannten Disziplinbrecher in der Fraktion, die deren Politik nicht mitmachen wollen, haben mehr Verantwortungsbewußtsein als die Fraktionsmehrheit. Jentsch-Gera verlangte, daß die Fraktion durch den Parteitag gebunden werde. Castein-Breslau erklärte, unter der Regierung Brünning haben mit Billigung der soz. Fraktionsmehrheit Demokratie, Parlamentarismus und Verfassung aufgehört. (Großer Lärm.) Ebenso verwerflich sei die Politik in Preußen und Sverrings. Die Regierung Brünning sei weiter nichts als der Volkstreckungsausschuß des Großkapitals. Die Reichstagsfraktion solle unverzüglich die Einberufung des

Reichstags verlangen, um die neue Notverordnung zu Fall zu bringen.

Reichstagsabg. Dr. Herß, Künstler, Dittmann und Crispian verteidigten die Haltung der Reichstagsfraktion.

### Wahl der Lippschen Landtagspräsidenten

Bielefeld, 3. Juni. Der neugewählte Landtag von Schaumburg-Lippe trat gestern zusammen. Der bisherige Präsident Polka wurde mit 8 Stimmen wiedergewählt. Vizepräsident wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Schade, auf den 7 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokraten und der Demokrat enthielten sich der Stimme. Die Wahl der Landesregierung, des Staatsrats und der vier nebenamtlichen Mitglieder der Landesregierung konnten nicht durchgeführt werden, da die kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten eine Reihe von Anträgen gestellt hatten, die zuerst in einer Ausschussung beraten werden mußten.



Sicherung sind vor allem auf die sogenannte Reform des Jahres 1926 zurückzuführen. Es wird nur übrig bleiben, die Leistungen der Kassen herabzusetzen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich nicht wieder aus politischen Gründen scheut, das Notwendige entschlossen zu tun.

Der Widerstand des Auslands

Fabrikbesitzer P. Kind-Solingen stellte für die Ausfuhrindustrie fest, daß gewaltige Rückschläge in der Ausfuhr da sind, und daß einzelne Länder überhaupt nicht mehr aufnahmefähig und aufnahmewillig sind. Ein Streben nach hohen Schutzzöllen erfüllt die Welt, trotz der Oeuser Verhandlungen um den sogenannten Zollwaffenstillstand. Statt Erleichterungen legt das Ausland Deutschland neue Ausfuhrhemmnisse in den Weg. In dem Plan der deutsch-österreichischen Zollunion zeigt sich erfreulicherweise eine gewisse Aktivität der Regierung auf dem Gebiet der Handelspolitik. Aber die Behandlung dieser Frage in Oeuf hat bewiesen, wie man sich der natürlichen deutschen Wirtschaftsentwicklung hemmend in den Weg stellt. Das wirtschaftliche Barometer steht auf Sturm. Wer an maßgebender Stelle steht und die Gefahr nicht erkennt, ist blind und ungescheit. Wer nur halbes tut, veründigt sich am deutschen Volk.

35 Milliarden Verlust des Hausbesitzes

Der Direktor der Westdeutschen Bodenkreditanstalt Kohn, Dr. jur. Karl Weidemann, führte aus: Der städtische Hausbesitz ist in schwerer Not. Seine Not bedroht die gesamte Wirtschaft. Von 70 Milliarden seines Vorkriegswerts ist mehr als die Hälfte verloren. Steuerdruck und Zwangswirtschaft im Verein mit der gegenwärtigen Krise haben ihn zermürbt. Die Hauszinssteuer allein entzieht ihm jährlich 1,7 Milliarden. Ihr gesamtes Einkommen hat bereits zehn Milliarden und damit einen Betrag erreicht, der dem Kurswert aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien gleichkommt. Die jährliche Gesamtbelastung beträgt ein Zehntel des Substanzwerts. Die Hauptschuld an der Not des Hausbesitzes trägt der staatlich subventionierte Wohnungsbau. Er hat seit 1924 17 Milliarden — gleich der Summe der gesamten Auslandsverschuldung — gleich 40 Prozent der Kapitalbildung verschlungen. Ein Siebtel aller Deutschen wohnt heute in zwei Millionen Mietwohnungen, die auf Kosten des Hausbesitzes verbilligt sind. Die Wirkungen sind: Aufblähung des Baugewerbes, Vernichtung der Rente, hochgetriebene Bauzinsen. In dieser Not trifft den Hausbesitz die schwere Wirtschaftskrise. Wohnungen und Geschäftsräume entvölkern sich. 15 Milliarden ruhen als Hypotheken im städtischen Besitz, ebenso viel im städtischen Realbesitz. Der größte Teil dieser Milliarden ist erspartes Geld. Es ist gegeben worden in dem Vertrauen, daß keine Kapitalanlage sicherer sei als eine Hypothek. Dieses Vertrauen war berechtigt; es darf aber nicht erschüttert werden. Das Baugewerbe sollte sein Heil nicht in dem Ruf nach Steigerung des Wohnungsbaus, sondern in der energischen Mitarbeit an der Sanierung des Ausbaus suchen. An Sofortmaßnahmen sind zu fordern: Verzicht auf öffentlich subventionierten Wohnungsbau; steuerliche Entlastung des Hausbesitzes in die dadurch freierwerdenden Summen; Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Der noch vorhandene Wohnungsmangel soll nicht durch Schaffung neuen Wohnraums, sondern durch Verwertung vorhandenen alten Wohnraums behoben werden.

Neue Wege

Freiherr von Lüninck-Bonn, Vorsitzender der Rheinischen Landwirtschaftskammer, verzichtete darauf, die besonderen Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft vorzutragen mit der Begründung, daß die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise bereits so weit vorgeschritten sei, daß auch die deutsche Landwirtschaft nur die eine Wahl habe, entweder mit der übrigen Wirtschaft im allgemeinen Zusammenbruch und Chaos unterzugehen oder gemeinsam mit ihr langsamen und opferreichen Aufstieg zu finden. Als die eigentlichen grundlegenden Fehler der deutschen Volkswirtschaft und die letzten Ursachen der Krise, bereit jede einzelne wahrscheinlich schon für sich allein ausreichen würde, den Untergang herbeizuführen, nannte er folgende vier Tatsachen: 1. Die lebensernüchternde unerträgliche Tributlast von jährlich fast zwei Milliarden Goldmark; 2. die Tatsache, daß große Gruppen des deutschen Volks trotz verlorenem Krieg und ungeheurer Tributlast für ihre Arbeit oder sonstigen Leistungen einen höheren Entgelt beanspruchen und dank ihrer politi-

schen Macht erhalten als vor dem Kriege; 3. die Aufblähung der öffentlichen Kassen und Ausgaben von etwa 7 Milliarden Mark 1913 auf 28 bis 30 Milliarden heute einschließlich der Soziallasten; 4. die relative Benachteiligung und wirtschaftliche Entwertung gerade der wichtigsten motorischen Kräfte des inneren Marktes, darunter insbesondere der Landwirtschaft, durch den Preisstand ihrer Erzeugnisse um reichlich 25 Prozent unter der allgemeinen Teuerung. Wichtige Voraussetzung für eine Besserung ist eine völlige Aenderung der wirtschaftlichen Grundeinstellung: der deutsche Staat und das deutsche Volk sind tödlich erkrankt an der Seuche des Staatssozialismus. Das völlige Fiasko dieses Sozialismus ist das Kennzeichen unserer Lage, und das Verlassen der als verfehlt erwiesenen bisherigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wege die erste Voraussetzung einer Gesundung.

Stärkung des Inlandmarktes

Generaldirektor Dr. Albert Bögle-Dortmund forderte einen für lange Jahre festliegenden Wirtschaftsplan mit folgenden Voraussetzungen: 1. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik muß mit dem Ziel der Stärkung unseres Inlandmarktes und der Eigenkapitalbildung umgestaltet werden. Nur ein Land mit einem starken Binnenmarkt kann auf die Dauer eine erfolgreiche Außenpolitik treiben. Nur durch Kapitalbildung wird der Wiederauftrieb der Wirtschaft eingeleitet und die Arbeitslosigkeit überwunden. 2. Auf Jahre hinaus muß Deutschland von allen Tributzahlungen, soweit sie nicht durch Sachleistungen abgetragen werden können, befreit sein. Es ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn, von einem Land, dem so ungeheure Teile seines Volkseinkommens genommen worden sind, neue Tribute zu erpressen, bevor es seine Wirtschaft wieder aufgebaut und in Ordnung gebracht hat. 3. Die Gläubigerstaaten müssen Deutschland in seinen Bemühungen, Abnahm Märkte für seine Industrielerzeugnisse zu finden, unterstützen. Man kam nicht auf der einen Seite von einem Land Geldzahlungen verlangen und auf der anderen Seite sich gegen den Empfang seiner Waren absperrern.

Neueste Nachrichten

Für Revision des Tributvertrags

Berlin, 3. Juni. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände fordert angesichts der allgemeinen Verelendung des deutschen Volks und der Unmöglichkeit, selbst bei unerträglicher Lastensteigerung zu einer dauerhaften Sanierung der öffentlichen Finanzen zu kommen, die sofortige Aufnahme neuer Reparationsverhandlungen.

Plünderungen in Berlin

Berlin, 3. Juni. Heute mittag wurden einige Verkaufsläden in drei verschiedenen Straßen von Gruppen junger Leute gestürmt und geplündert. Auch in Duisburg wurden in der Konsumkassette der Vereinigten Stahlwerke Plünderungen verübt. Etwa 400 Personen wollten das Erwerbslosentum stürmen, sie wurden aber mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben.

Die rumänischen Wahlen

Bukarest, 3. Juni. Nach den bisher vorliegenden Auszahlungsergebnissen sind zur rumänischen Parlamentswahl über 24 Millionen Stimmen abgegeben worden, von denen auf die Regierungspartei etwa 60 Prozent, d. h. über 300 Mandate entfallen. Die Nationale Bauernpartei erhält mit 16 Prozent etwa 20 Mandate, die Gruppe Georg Bratianu mit 7 Prozent 9 Sitze und die Gruppe Averescu mit 5-6 Prozent etwa 7 Mandate. Die ungarische Partei wird mit ungefähr 12 Abgeordneten ins Parlament einziehen. Der Rest der Stimmen verteilt sich auf die kleineren Gruppen und Splitter. Ob die Kommunisten und die Nationalistische Partei die für eine Vertretung im Parlament erforderlichen 2 Prozent der Stimmzahl erhalten haben, ist noch ungewiß. Die Deutsche Partei und die Liberalen haben sich befanntlich der Regierungspartei angeschlossen.

Aufstandsbewegung in Spanisch-Marokko

London, 3. Juni. Der Berichterstatter der „Times“ in Tanger meldet, daß sich in Spanisch-Marokko der Scherif Ben Aïssa als zweiter Abd el Krim bemüht, die Stämme

Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Curtius sind am Mittwochabend nach England abgereist.

Die Notverordnung, die vom Reichskanzler bereits am Mittwoch unterzeichnet wurde, dürfte kaum vor Samstag veröffentlicht werden, da der Reichspräsident sich eine genaue Prüfung vorbehalten haben soll.

Die beiden vermögten Stahlhelfer sind in ihrer Heimat Neustadt a. S. und Coesfeld (Westf.) einsetztlos.

Der Hauptauschuss des österreichischen Nationalrats hat einen sozialdemokratischen Antrag mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen, den Generaldirektor der Bundesbahnen, Dr. Straßella (Christl.-Soz.), gegen dessen Amtsführung schwere Vorwürfe erhoben werden, sofort abzuberufen. Für den Antrag stimmten auch die Großdeutschen und Landbündler. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bundeskanzler Dr. Ender zurücktritt.

Das englische Unterhaus hat das Wahlreformgesetz mit 278 gegen 228 Stimmen angenommen.

Der vatikanische „Observatore Romano“ veröffentlicht Sympathieäußerungen der katholischen Aktion Berlin und der Erzbischöfe Wien, in denen das Bedauern über die Vorgänge in Italien ausgesprochen und dem Papst unverbrüchliche Treue gelobt wird.

zu einer Aufstandsbewegung zu veranlassen. Die Unruhe soll angeblich von Royalisten und Kommunisten geschürt werden, von denen diese die Waffen und jene das Geld liefern sollen. — Die neue spanische Regierung wollte befanntlich die Befähigung in Marokko stark vermindern; von dieser schon seit einiger Zeit bestehenden Absicht scheinen die Rabglen bereits Kenntnis erhalten zu haben.

Englische Vermutungen

London, 3. Juni. Der konservative „Daily Telegraph“ weist auf die stürmische Bereubung hin, die der frühere deutsche Kronprinz bei den 160 000 Stahlhelfern in Breslau gefunden habe. Das Blatt vermutet, daß die monarchistischen Kreise in Deutschland den Kronprinzen als ihren Kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl im nächsten Jahr aufstellen werden.

Württemberg

Stuttgart, 3. Juni.

Ein Urkel des Königs geboren. Die Gemahlin des Erbprinzen zu Weid, des ältesten Entfels des verstorbenen Königs Wilhelm, ist Dienstag nacht in der Landesoberamtschule von einem Sohn entbunden worden.

Der Verwaltungsausschuss. Nach einer Befanntmachung des Innenministeriums über die Amtsbezeichnung der Verwaltungsbeamten führen die Verwaltungsbeamten in der Befoldungsgruppe 3 die Amtsbezeichnung „Verwaltungsamtmann“.

Verbrauch deutsches Holz. Durch einen Erlaß des Innenministeriums sind die Gemeindebehörden erneut und nachdrücklich darauf hingewiesen worden, angesichts der Notlage der deutschen Waldwirtschaft bei öffentlichen Bauten nur einheimisches Holz zu verwenden. Da zahlreiche Gemeinden in erheblichem Umfang auf die Erträge der Waldwirtschaft angewiesen sind, legt die Beachtung dieser Forderung auch im gemeinsamen Interesse der Gemeinden.

Symphoniekonzert im Freilichttheater. Das Orchester der Landestheater bringt am Montag, den 8. Juni, abends 8 bis 9.30 Uhr zugunsten seiner Unterhaltungschortheater des Westens Symphonie mit dem gewaltigen Schlusschor „In die Fremde“ im Freilichttheater im Voplerwald zur Aufführung.

Kampf um Rosenberg

ROMAN AUS OBERSCHLESIEIN

VON JOHANNES HOLLSTEIN / NACHDR. VERBOTEN

(Fortsetzung 30)

Feldwebel Lehmann befahl, daß sich die Neuangetommenen im Garten lagerten und sich ihnen zunächst Vollmilch und Buttersemmeln reich. Dann stapfte er in die Küche. Wohlgefällig glitten seine Augen über die prächtige Küche, in der die Motoren summt. Dann schnupperte er. „Ramsellen... was gibts denn heute.“ „Schweinebraten mit rohen Kartoffelschalen.“ „Oho! Prima! Bewöhnen Sie uns man nicht zu sehr, sonst werden Sie uns überhaupt nicht wieder los.“ Die alte Frau Rosellen lachte. „Braten gibts nicht alle Tage! Aber der Herr hat befohlen, daß es heute ein ganz besonderes Essen gibt.“ „Ein famoser Herr, Ihr Herr, Ramsell! Nun sind doch noch zwanzig gekommen, Ramsell! Es ist noch genug Platz in den Baracken. Sauber haben wir ja schon gestern alles gemacht. Die Strohlade sind auch alle gestopft. Aber Bettüder mühten Sie mir geben, Ramsellen!“ „Sofort, Herr Feldwebel! Ich such's gleich heraus! Aber... wir haben uns nur nicht für die Neuangetommenen mit eingerichtet. Herr Feldwebel können Sie uns nicht drei Mann für die Küche stellen? Die Kartoffeln schält ja der Motor, aber die müssen noch gerieben werden, und unsere elektrische Reibmaschine funktioniert nicht.“ „Aber Ramsellen... fünf Mann schid' ich! Wenn die Jungen hören... Thüringer Klöße... da huppen sie alle. Wo fünf Mann! Was haben Sie denn auf den Mann gerechnet?“ Die Ramsell und Else wechselten einen Blick. Dann lachten sie. „Else helle Stimme erklang: „Fünf Stück pro Mann!“ „Fünf Stück... das läßt sich hören! Aber sie sind doch nicht zu knapp.“ „Else wies auf eine Schüssel hin.“

„Dort können Sie die Größe feststellen!“ Feldwebel Lehmann schnappte und liebäugelte mit den Klößen, die wie kleine Kinderköpfe groß waren. „Meine Damens... Sie haben die Kuro raus! Donnerwetter... so sind sie richtig! Ramsellen... der Durchschnitt ist gut! Wissen Sie, meine Damens, wenn ich die runden Dinger ansehe, dann muß ich an mein' Kegelklub denken. Die Größe, wie die Klöße, die bevorzug' ich! Also ich schid' Ihnen fünf Mann.“ Nach wenigen Minuten betraten fünf stramme Soldaten die Küche. „Wir soll'n uns melden!“ jagte der Reichwehrsoldat Max Stulprich. Ein wackeliger Sack, mit unglaublich treubersigen Augen, die im wunderschönen Wasserblau leuchteten. „Blond war er auch noch.“ Er jah aus, als sei er frisch aus einem Schwank entsprungen. Als die Mädels die Gestalt ansahen, da kam ihnen unwillkürlich das Lachen. Stulprich grinste mit. „Ja... so gehts mir nämlich immer! Wer mich angucken tut, der sezt! Aber deisterwegen wech'sch doch, wer ich bin.“ Else klopfte ihm munter auf die Schulter. „Wenn Sie ein bißchen Humor mitbringen, dann sind Sie uns willkommen.“ „Ru freilich! Mir Sachsen... mir sin' immer humorvoll.“ „Wo stammen Sie denn her?“ „Ru, aus Meissen!“ „Aus Meissen!“ knixte Else lustig. „Ei, mei Kutser, da nehmen Sie mal dort auf dem Stuhl Platz; die andern Herrschaften bitte leere Stühle suchen. Schön so! Immer willig! Umso eher werden wir fertig!“ Dann wurden jedem Schüsseln mit Kartoffeln und Reibseifen in die Hand gedrückt. „Los!“ kommandierte Else, und dann gings los. Hellmer Gothe stühte nur so herum. Er kam in die Küche der Küche. Horchte auf.

Da ging's lustig zu. Aus fünf Soldatenleihen erklang es lustig: „Es zog ein Pfannensieder in die Stadt, Hat immer frohen Sinn!“ Hellmer lachte vor sich hin und stiebte in die Küche. „Hier ist Stimmung, was! Tadellos, Herrschaften... immer spannen Sie an, Ramsell! Sonst alles in Ordnung hier?“ „Alles!“ rief die Ramsell. „Gothes Augen überflogen die Küchenmaschinen!“ „Prima, prima! Elektrische Küche! Wandervolle Sache! Gehen die Maschinen alle richtig?“ „Die Reibmaschine dort, die streikt.“ Gothe war sofort dabei. „Einen Stuhl her! Danke! Das werden wir gleich haben.“ Dann gings los! In unglaublich kurzer Zeit war die Maschine auseinandergenommen. Der Fehler wurde entdeckt. Nach noch nicht 10 Minuten ging die Maschine wieder prima. „Wieder in Butter! Rieken Sie sich einmal an, was ich gemacht habe.“ Da lag in der Küche aber irgend etwas Glattes. Gothe trat darauf und rutschte, griff nach einem Halt, riß die Eierchüsseln mit herunter. „Barbaus!“ Mitten in den Eiern sah Hellmer Gothe. Er war so verduht, daß er einen Augenblick wie verblüht starr blieb. Homerisches Gelächter um ihn. Die Ramsell lachte Tränen. Max Stulprich grinste über das ganze Gesicht. Gothe schnauzte ihn humorvoll an. „Da grinst du nun, du nachgemachter Mensch, statt daß du wie ein dreimal geölter Bly zuspringst und mich aufhebst.“ Schon war er wieder auf den Beinen. Er jah lieblich aus. Gothe lachte die Ramsell an. „Fein! Was? Sch' ich nicht knorte aus? Ich komme nicht wieder in die Küche! Hier werden nur perfekte Schlittschuhläufer gebraucht und das habe ich nie verstanden.“ (Fortsetzung folgt).





